



Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

41.

Punkt 37 der Tagesordnung: Fortführung der alltagsintegrierten Sprachförderung in Kitas
Antrag: SPD
Vorlage: 2022/1080

Beschluss:

Antrag hat sich erledigt

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 37 zur Behandlung auf.

Stadträtin Melchien (SPD): Ja, jetzt wird es sicher einfacher. Ich darf feststellen, der Antrag hat sich erledigt. Nachdem die grün-schwarze Landesregierung bis in den Spätherbst hinein sich noch nicht geäußert hatte, inwiefern diese Sprachförderkräfte in den Kindertagesstätten Baden-Württembergs weiter finanziert werden, hat ja jetzt der Bund reagiert und eine Lösung bis Ende Juni nächsten Jahres beschlossen.

Die Sprachförderkräfte leisten elementare alltagsintegrierte wirksame Arbeit. Die SPD-Fraktion kann sich keinesfalls einen Wegfall dieser vorstellen. Wir danken der Verwaltung, dass sie an einer Übergangslösung gearbeitet hatte und bitten genauso darum, dranzubleiben und im Schulterschluss mit anderen Kommunen das Land aufzufordern, die Kräfte vor Ort und vor allem auch die Kitaträger nicht wieder so lange im Unklaren zu lassen, sondern rechtzeitig das Weiterbestehen zu sichern.

Als Gemeinderat haben wir auf Antrag der SPD-Fraktion vor über zehn Jahren eine Förderrichtlinie Sprachförderung in Kindertagesstätten beschlossen, weil hier im Hause ja Einklang darüber herrscht, dass frühkindlicher Spracherwerb der Schlüssel für Teilhabe an der Gesellschaft darstellt. Durch Mittel des Bundes konnte unsere städtische Förderung weitgehend ersetzt werden. Die Bundesregierung investiert nun Milliarden in die Qualität frühkindlicher Bildung. Jetzt ist wirklich das Land gefordert, seine bildungspolitische Aufgabe

konsequent zu übernehmen. Der Antrag hat sich zwar für heute erledigt, anders aber die Forderung nach dem Erhalt der Sprachförderkräfte, die nach wie vor Gültigkeit hat, vielen Dank.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann mich den Ausführungen von Kollegin Melchien natürlich inhaltlich vollständig anschließen. Wir waren natürlich alle auch schockiert, als der Bund die Sprachförderung, die Sprach-Kitas nicht verlängert hat und dann hat ja die SPD, haben Sie ja einen Antrag gestellt, der auch im Jugendhilfeausschuss schon vorberaten wurde, bevor er in den Gemeinderat kam.

Dazu möchte ich jetzt aber auch kurz etwas sagen. Es war so, dass Sie, Herr Bürgermeister Lenz, bei der Gelegenheit dort bekanntgegeben haben, öffentlich, dass aus den Mitteln des Sozialhaushalts des sozialen Jugendhilfeausschusses diese Übergangszeit von sechs Monaten finanziert werden könnte. Jetzt hat sich für uns natürlich die Frage gestellt, es handelt sich ja dabei immerhin um 30 Stellen, vielleicht auch dazu einfach noch mal eine Erläuterung, wie es möglich ist, dass diese hohe Flexibilität im Haushalt besteht. Also, wir können es uns nur so vorstellen, dass es möglich wurde durch nicht-besetzte Stellen im Kita-Bereich zu finanzieren. Vielleicht wäre da noch mal eine Bestätigung erforderlich, weil das natürlich auch bedeutet, dass eine Flexibilität auch künftig auch möglicherweise für schwierige Konstellationen im Bereich der frühen Bildung auch möglich ist, aber grundsätzlich freuen wir uns natürlich sehr, dass der Bund jetzt hier eingesprungen ist mit dem halben Jahr. Es werden ja vom Bund mit dem guten Kita-Gesetz dann 4 Milliarden Euro für die Länder zur Verfügung gestellt, und selbstverständlich wünschen auch wir uns und werden uns einsetzen, dass aus diesen Mitteln, die das Land dann bekommt, auch Mittel für die Sprachförderung fließen. Wie das im Detail aussieht, das werden wir erfahren, aber wir sind natürlich auch der Meinung, dass man das Land entsprechend auch dazu bitten sollte, dass sie Mittel für die Sprachförderung vorsehen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Für uns war es ehrlich gesagt auch ein Schock, als die Nachricht kam, dass der Bund dieses Förderprogramm eingestellt hat. Insofern sind wir jetzt froh, dass es zumindest für das nächste halbe Jahr noch mal gesichert ist, weil wir wissen ja alle, wie wichtig die Sprachförderung ist in den Kitas, welche Probleme wir haben und welche Bedeutung das dann auch für den Eintritt in die Schule hat. Insofern ist es auch in unserem Interesse, dass wir hier eine gute Lösung finden.

Unser Anliegen wäre jetzt auch, Herr Bürgermeister Lenz, dass wir, sobald sich hier was tut im ersten Halbjahr, eine Info bekommen, vermutlich ja im Jugendhilfeausschuss. Vor allem möchten wir Sie auch unterstützen, dass Sie sich weiterhin einsetzen über einen Städtetag auf Landesebene, dass es auch von Landeseite dann Unterstützung gibt, weil wir es nämlich auch nicht als kommunale Aufgabe sehen und aufgrund der Haushaltslage jetzt auch im Moment gar nicht wüssten, wie wir das unterbringen sollten. Insofern sind wir für heute froh, aber wir müssen dranbleiben an dem Thema, weil es natürlich extrem wichtig ist und wir ein großes Interesse haben, dass wir hier eine verlässliche Lösung auch für die nächsten Jahre bekommen.

Der Vorsitzende: Herr Bürgermeister Lenz, zur Frage von Frau Rastätter.

Bürgermeister Lenz: Wir konnten im Mai ja weit vorausseilend den Trägern schon sagen, dass es weiterläuft, weil wir in unserem Haushalt eben die Mittel hatten, zum Beispiel und

deswegen Volltreffer, Frau Meier-Augenstein - der Herr Oberbürgermeister und ich hatten das heute Morgen im Jour fixe - die PIA-Stellen sind nur zur Hälfte besetzt. Also, Sie können sich denken, bei 5 Millionen, die wir da eingestellt haben, bleibt schon was liegen. Ich kann Ihnen aber die Flexibilität, wie Sie ja wissen aus dem Berichtswesen in den Ausschüssen zur Haushaltssicherung, nicht mehr zusagen, dass sie so bleibt, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt waren.

Es ist eigentlich genau das eingetreten, was die Kultusministerin, auch die Bundesfamilienministerin im Herbst im persönlichen Gespräch beide gesagt haben, es wird das als Kompromiss kommen, was jetzt gekommen ist, aber ich sehe jetzt auch das Land in der Pflicht, und ich nehme auch den Bund an der Stelle in Schutz. Sie haben immer gesagt, dass das nicht auf Dauer geht, und deswegen war das ja auch ein bisschen Showtime, sage ich jetzt mal, von der Landesebene und jetzt wäre es gut, wenn man an der Stelle das Ganze dann beschließt, und da kann ich Sie ja auch nur bitten, den politischen Einfluss geltend zu machen. Ich bin da eigentlich ganz zuversichtlich, denn da fließt ja schon richtig auch jetzt wieder Kohle mit dem guten Kita-Gesetz.

Der Vorsitzende: So, vielen Dank. Dann hoffen wir, dass uns das Thema nicht noch mal beschäftigt, aber es könnte durchaus passieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Januar 2023